Deutscher Bundestag **Drucksache 18/12166**

18. Wahlperiode 27.04.2017

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Fassung ersetzt.

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Arbeit und Soziales (11. Ausschuss)

zu dem Antrag der Fraktion DIE LINKE.
– Drucksache 18/9190 –

Eine erfolgreiche Integrationspolitik erfordert eine soziale Offensive für alle

A. Problem

Die antragstellende Fraktion kritisiert, dass der Sozialstaat der Bundesrepublik Deutschland in den vergangenen Jahren immer weiter abgebaut worden sei. Staatliche Einrichtungen und Infrastruktur befänden sich in prekärem Zustand. Der Staat sei auf allen Ebenen immer schlechter in der Lage, seine Aufgaben zu erfüllen. Besonders räche sich in diesem Zusammenhang, dass die öffentliche Hand seit 1992 rund zwei Millionen Stellen gestrichen habe.

B. Lösung

Die Fraktion DIE LINKE. fordert als Gegenmaßnahme eine soziale Offensive für mehr gemeinnützigen, sozialen, barrierefreien Wohnungsbau, für mehr inklusive und diskriminierungsfreie Bildung, für die Stärkung des öffentlichen Dienstes, für öffentliche und inklusive Beschäftigungsmöglichkeiten und zusätzliche Integrationsmaßnahmen in der Höhe eines 25-MilliardenSofortprogramms. Vermögende und Unternehmen müssten stärker in die Pflicht genommen werden. Darüber hinaus sei unmittelbar ein höheres Investitions- und Ausgabenprogramm für die Erneuerung des Sozialstaats einzuleiten, finanziert mittelfristig durch entsprechend erhöhte Steuereinnahmen zu Lasten der Reichen und Vermögenden.

Ablehnung des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. bei Stimmenthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

C. Alternativen

Annahme des Antrags.

D. Kosten

Genaue Kostenberechnungen wurden nicht angestellt.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,
den Antrag auf Drucksache 18/9190 abzulehnen.

Berlin, den 26. April 2017

Der Ausschuss für Arbeit und Soziales

Kerstin Griese	**Mark Helfrich**
Vorsitzende	Berichterstatter

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Fassung ersetzt.

Bericht des Abgeordneten Mark Helfrich

I. Überweisung

Der Antrag auf **Drucksache 18/9190** ist in der 218. Sitzung des Deutschen Bundestages am 16. Februar 2017 an den Ausschuss für Arbeit und Soziales zur federführenden Beratung sowie an den Innenausschuss, den Ausschuss für Wirtschaft und Energie sowie den Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend zur Mitberatung überwiesen worden.

II. Wesentlicher Inhalt der Vorlage

Die soziale Offensive und Erneuerung des Sozialstaats müssten nach den Worten der Initiatoren u. a. die Kommunen handlungsfähig machen. Dazu gehöre, dass Länder und Kommunen unverzüglich in dem Umfang vom Bund finanziell unterstützt werden müssten, der sie in die Lage versetze, dringende Zukunftsinvestitionen in Angriff zu nehmen. Zudem müssten die Kommunen finanziell so ausgestattet sein, dass sie Pflichtaufgaben und freiwilligen Aufgaben voll nachkommen könnten. Hierzu benötigten sie mehr und vor allem verlässliche Einnahmen. Dazu könne u. a. die Weiterentwicklung der Gewerbesteuer zu einer Gemeindewirtschaftssteuer mit einer breiteren Bemessungsgrundlage und Ausweitung des Kreises der Steuerpflichtigen dienen. Um die Kommunen unabhängiger von Bund und Ländern zu machen, seien Förderprogramme notwendig, welche die wirtschaftliche Betätigung von Kommunen in den Bereichen Wohnen und Energie förderten. So könnten Kommunen ihre Einnahmen gezielt verbessern. Zu den oben genannten Programmen zählten beispielsweise Programme zu quartiersbezogener, seniorengerechter und barrierefreier sowie energetischer Sanierung von Gebäuden.

Ferner gelte es bezahlbaren Wohnraum zu schaffen. Die Versorgungslücke von mindestens vier Millionen Sozialwohnungen müsse in den nächsten zehn Jahren durch den massiven Bau bezahlbarer und barrierefreier Mietwohnungen geschlossen werden. Jährlich sollten fünf Milliarden Euro zur direkten Förderung des sozialen und gemeinnützigen Wohnungsbaus bundesweit investiert werden u. v. a. m.

III. Stellungnahmen der mitberatenden Ausschüsse

Der **Innenausschuss**, der **Ausschuss für Wirtschaft und Energie** sowie der **Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend** haben den Antrag auf Drucksache 18/9190 in ihren Sitzungen am 26. April 2017 beraten und dem Deutschen Bundestag mit den Stimmen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. bei Stimmenthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die Ablehnung empfohlen.

IV. Beratungsverlauf und Beratungsergebnisse im federführenden Ausschuss

Der **Ausschuss für Arbeit und Soziales** hat den Antrag auf Drucksache 18/9190 in seiner 113. Sitzung am 26. April 2017 beraten und dem Deutschen Bundestag mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. bei Stimmenthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die Ablehnung empfohlen.

Die **Fraktion der CDU/CSU** lehnte den Antrag ab. Die große Koalition habe in der laufenden Wahlperiode bereits erhebliche Anstrengungen zur sozialen Integration unternommen – etwa mit mehr finanzieller Unterstützung für die Kommunen, der Förderung des sozialen Wohnungsbaus und dem finanziellen Engagement im Bildungswesen. Der Staat gebe erhebliche Mittel für den sozialen Ausgleich aus. Schon das widerlege den vorliegenden Antrag, der ein verzerrtes Bild der Wirklichkeit zeichne.

Die **Fraktion der SPD** begrüßte grundsätzlich den Vorschlag für ein Gesamtkonzept der Sozialpolitik. Es gehe darum, die gesamte Bevölkerung gut zu stellen, anstatt Staatsbürger, Staatsbürgerinnen und Flüchtlinge gegeneinander auszuspielen. Man müsse Gerechtigkeit schaffen. Dazu habe auch die große Koalition bereits beigetragen, u. a. mit der verstärkten Förderung der Kommunen. Der Antrag stelle lediglich bekannte Forderungen in einem

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Fassung ersetzt.

Sammelsurium zusammen. In vielen Punkten stimme die SPD zwar dem Ziel, nicht aber dem vorgeschlagenen Weg dahin zu.

Die **Fraktion DIE LINKE.** forderte eine soziale Offensive. Die Menschen hätten seit Jahren trotz steigender Arbeitsbelastung immer weniger Geld in der Tasche. Die Beschäftigten bekämen von den erwirtschafteten Gewinnen immer weniger ab. Das stärke auch rechtsextreme Tendenzen. Der Sozialstaat sei in den vergangenen Jahren geschliffen worden. Dazu gehöre, dass die Arbeitslosenversicherung nur noch unzulänglich vor Armut schütze, im öffentlichen Dienst viele Stellen abgebaut worden seien, der Polizei Stellen fehlten u. v. a. m. Der aktuelle Armuts- und Reichtumsbericht bestätige den festgestellten Einkommensschwund „unten“ und die Zunahme des Reichtums „oben“. Die Unzufriedenheit der Bürger und Bürgerinnen wachse. Eine soziale Offensive solle auch zum sozialen Frieden in der Gesellschaft beitragen.

Die **Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN** kritisierte, dass inzwischen 12 bis 13 Millionen Menschen in Deutschland auf Grundsicherung angewiesen seien. Das Niveau dieser Leistungen sei zudem zu niedrig. Dies führe zu sozialer Ausgrenzung und zu erheblichem sozialen Sprengstoff. Ein sozialpolitisches Grundkonzept dagegen fehle. Letztlich dürfe niemand ausgegrenzt werden. Der Antrag erhalte in diesem Sinne richtige Forderungen, aber beispielsweise beim Thema Mindestrente die falschen Schlussfolgerungen. Die Fraktion werde sich daher der Stimme enthalten.

Berlin, den 26. April 2017

Mark Helfrich
Berichterstatter

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Fassung ersetzt.